

(Abg. Dpiß.)

(A) füllen, nicht nur halbe Arbeit, sondern ganze Arbeit leisten soll.

(Sehr richtig!)

Diese ganze Arbeit ist angebracht aus dem einfachen Grunde, weil alles einig ist und die Verhältnisse nicht den mindesten Zweifel darüber lassen, daß es sich an jener Stelle tatsächlich um eine ganz bedeutende Entwicklung des Verkehrs handelt und wir folgeweise recht wenig glücklich handeln würden, wenn wir halbe Arbeit machen und nicht auf die Erweiterung Rücksicht nehmen wollten, die die Verhältnisse über kurz oder lang dort erfahren werden.

Nun noch ein Wort über die Vorwürfe von Seiten des Regierungstisches gegenüber der betreffenden Gemeinde, die darin gipfeln, daß, wenn jene Wünsche noch nicht zur Erfüllung gelangt seien, die Gemeinde Lobstädt selbst ein reichliches Maß von Schuld dabei trage! Ich möchte ohne nähere Kenntnis der Einzelheiten, die sich dort abgespielt haben, vielmehr, wie schon gesagt, aus dem bloßen Umstande, daß es sich um die Beseitigung von Schwierigkeiten mit der Gemeinde hier handelt, annehmen, daß derartige Schwierigkeiten längstens in einem Jahre sich hätten beseitigen lassen,

(Sehr richtig!)

(B) und ich zweifle nicht daran, daß die Gemeinde Lobstädt auch schon sehr viel früher zu haben gewesen wäre.

Ich bin bereit, mich dem Botum der Deputation anzuschließen, in der sicheren Erwartung, daß in bezug auf die Bezeichnung „Kenntnisnahme“ ganz besonders in diesem Falle kein Mißverständnis darüber besteht, daß das Haus, ich hoffe, einstimmig, den Wunsch hat, diese Kenntnisnahme möge dahin verstanden werden, daß diese Erfüllung nicht bloß alsbald, sondern in einer Weise bewerkstelligt werde, die den Verhältnissen voll entspricht.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialdirektor.

Ministerialdirektor Geh. Rat **Ulterich:** Ich wollte nur noch feststellen, daß, ehe der Niveauübergang nicht beseitigt sein wird, eine Erweiterung des Bahnhofes einfach unmöglich ist, da erst durch die Übergangsbeseitigung der nötige Platz gewonnen wird.

Dann möchte ich noch betonen: auch wir wollen ganze Arbeit machen; wir wollen ein neues Stationsgebäude errichten. Zunächst aber müssen wir, um den schlimmsten Übelständen abzuhelpen, einen interimistischen Ausbau herstellen. Beiträge zu dem neuen

Stationsgebäude oder zu dem Güterschuppen werden (C) selbstverständlich von der Gemeinde nicht verlangt werden. Es ist nie daran gedacht worden, von der Gemeinde zu derartigen Herstellungen Mittel zu verlangen.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter begehrt. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter!

Berichterstatter Abg. **Gleisberg:** Meine Herren! Der Herr Abg. Dpiß hat gewissermaßen gerügt, daß die Finanzdeputation B in dem Antrage nicht klar zum Ausdruck gebracht habe, was sie eigentlich bezweckt.

(Zuruf.)

Das soll keine Rüge sein?

(Zuruf: Nein!)

Es klingt aber fast wie eine Rüge.

(Zuruf: Das ist auch weiter nichts! Das wissen wir zu ertragen!)

Es wäre, wenn der Zusatz, den wir in der Finanzdeputation B zum Ausdruck gebracht haben, daß, wie ich sagte, auf Kap. 16 der nötige Betrag übernommen wird, hier nicht hinzugesetzt worden wäre, klar zum Ausdruck gebracht worden, daß geplant ist, (D) die Sache in dieser Finanzperiode zur Ausführung zu bringen. Aber es ist bisher nicht üblich gewesen. Wir haben uns bei unseren Anträgen einfach auf die Kenntnisnahme beschränkt und haben es dem jeweiligen Berichterstatter überlassen, dies näher auszuführen.

Dann hat man sich darüber gewundert, daß, trotzdem nach der Versicherung der Königl. Staatsregierung schon vor 6 Jahren die Planung festgestellt worden ist, sie nicht zur Ausführung gekommen ist. Es ist vom Regierungstische aus gesagt worden, das habe seinen Grund darin gehabt, daß die Gemeinden fortgesetzt mit abgeänderten Wünschen gekommen seien. Das erscheint mir glaubhaft. Das finden wir nicht nur in diesem Falle, sondern auch anderswo, namentlich bei sich schnell entwickelnden Gemeinden. Die Gemeinde Lobstädt hat vor 6 Jahren keine Ahnung davon gehabt, wie sich dort die Braunkohlenindustrie entwickelt hat, das ist auch so sprungweise vor sich gegangen. Infolgedessen erscheint es mir erklärlich, daß die Gemeinde fortgesetzt von Jahr zu Jahr eingesehen hat: nein, mit der bisherigen Planung kommen wir nicht aus, wir müssen weitere Wünsche geltend machen. Schon aus diesem Grunde allein scheint mir auch die Verzögerung gewissermaßen gerechtfertigt zu sein, und